

trolle der Arbeitsbedingungen. (IHT, 14.5.02)

Angesichts dieser Interessenkollusion ist fraglich, ob eine Kampagne des Staatsrats für spürbare Verbesserung sorgen kann. Von strukturellen Veränderungen bei der Kontrolle der Arbeitsbedingungen war zudem nicht die Rede. Ein Indikator für die Wirkungslosigkeit von Kampagnen ist der Kohlebergbau. Hier hatte es bereits im vergangenen Jahr ähnliche Bemühungen gegeben, offensichtlich ohne großen Erfolg. (BBC, 29.4.02) Auch Rechte für Arbeitnehmer, wie sie nun im Zusammenhang mit giftigen Substanzen am Arbeitsplatz eingeführt worden sind, müssen überwacht und eingeklagt werden. In anderen Bereichen wie bei der Höchstgrenze für Überstunden, wo es schon länger gesetzliche Regelungen gibt, geschieht dies häufig nicht. -bö-

---



---

## SVR Hongkong

---



---

### 28 *Executive Council* beschließt Gehaltskürzungen im *Civil Service*

Nach mehrwöchigen Vorankündigungen hat der *Executive Council* beschlossen, die Gehälter der Bediensteten im *Civil Service* ab Oktober dieses Jahres um bis zu 4,42% zu kürzen. Die Mitglieder des *Executive Council*, des Beratergremiums des Regierungschefs, fassten den Beschluss Mitte Mai entgegen von Protesten verschiedener Gewerkschaftsgruppen, die sich allerdings nicht auf ein einheitliches Vorgehen einigen konnten.

Die Kürzungen sind nach Tarifgruppen gestaffelt. So sollen die Gehälter in den obersten drei Tarifgruppen um 4,42%, in den mittleren Tarifgruppen um 1,64% und in den unteren Tarifgruppen um 1,58% reduziert werden. Diese Prozentsätze orientieren sich als Vergleichsmaßstab an Umfrageergebnissen über Einkommensrückgänge im privaten Sektor infolge der anhaltend schlechten konjunkturellen Lage in Hongkong. Allerdings hatten die jüngsten Umfragen ergeben, dass die Einkommenseinbu-

ßen im privaten Sektor tatsächlich weniger dramatisch ausgefallen sind als ursprünglich von offizieller Seite erwartet. Entsprechend musste eine im März von der Regierung anvisierte Gehaltskürzung um 4,75% für den gesamten *Civil Service* nach unten korrigiert werden. Die Spareffekte der nun beschlossenen Kürzungen von 1,58% bis 4,42% für den Fiskus blieben so mit 3,1 Milliarden HKD (385 Mio. USD) deutlich hinter den ursprünglich angestrebten Einsparungen von über 6 Milliarden HKD zurück. Der *Financial Secretary* Antony Leung kündigte daraufhin an, dass die Regierung nun weitere Möglichkeiten prüfen müsse, im öffentlichen Sektor Einsparungen zu erzielen, um das Ziel eines ausgeglichenen Budgets im Haushaltsjahr 2006/7 erreichen zu können. Erwogen würden Einstellungsstopps, Regelungen für vorzeitigen Ruhestand und neue Kampagnen zur Effizienzsteigerung im öffentlichen Dienst. Im zurückliegenden Haushaltsjahr 2001/2 verzeichnete Hongkong ein Fiskaldefizit von 63,3 Milliarden HKD.

Während sich große Teile der Bediensteten im öffentlichen Dienst vorerst mit den Gehaltskürzungen abgefunden zu haben scheinen, ist eine kontroverse juristische Debatte darüber entstanden, ob zur formalen Durchsetzung der Gehaltskürzungen der Weg der Gesetzgebung beschritten werden solle oder nicht. Die Regierung präferiert ein solches Vorgehen, das konkret die Verabschiedung einer entsprechenden Verordnung („Ordinance“) durch die Legislativversammlung voraussetzen würde. Ein entsprechender Antrag solle dieser möglichst bald vorgelegt werden. Demgegenüber argumentieren die Demokratische Partei und mehrere Gewerkschaftsorganisationen, dass eine derartige Verordnung gegen das *Basic Law*, das Grundgesetz der Sonderverwaltungsregion Hongkong, verstoßen würde. So schreibt Artikel 100 vor: „Public servants [...] shall retain their seniority with pay, allowances, benefits and conditions of service no less favourable than before“; Artikel 103 sieht ferner vor, dass das frühere Beschäftigungssystem des *Civil Service* vor 1997 unverändert aufrechterhalten werden solle, „including special bodies for their appointment, pay and conditions of service“ (*Basic Law*, English version).

Angesichts der allgemeinen Zustimmung, auf die die Gehaltskürzungen im öffentlichen Dienst unter der breiten Bevölkerung Hongkongs offenbar stoßen, scheint es allerdings keineswegs ausgeschlossen, dass sich in der Legislativversammlung die nötige Mehrheit finden wird, um trotz der juristischen Bedenken eine entsprechende gesetzliche Regelung auf den Weg zu bringen. Bezeichnend ist hier das Verhalten der zunehmend einflussreichen politischen Partei *Democratic Alliance for the Betterment of Hong Kong* (DAB), die sich zunächst gegen ein legislatives Verfahren ausgesprochen hatte. Ende Mai aber schwenkten Sprecher der Partei auf eine Kompromissposition um, wonach sich die DAB einer gesetzlichen Regelung dann nicht widersetzen wolle, wenn die Regierung darlege, dass es sich dabei tatsächlich um den einzig gangbaren Weg handle.

Die bevorstehenden Gehaltskürzungen dürften die sinkende Moral und den Unmut im *Civil Service* noch verstärken, wie sie sich in den vergangenen Jahren dort nach und nach breit gemacht haben. Zu den empfindlichen finanziellen Abstrichen gesellen sich die wachsende Sorge um eine zunehmende Erosion der politischen Unabhängigkeit des *Civil Service*, wie sie mit der Einführung eines Ministerialsystems ab Juli dieses Jahres einhergehen könnte. Den verschiedenen Fachressorts der Verwaltung werden dann politische Beamte vorgesetzt werden, die in erster Linie dem Regierungschef rechenschaftspflichtig sein werden. Entsprechend befürchtet man, dass der *Civil Service* zum bloßen auf Loyalität verpflichteten Ausführungsorgan degradiert wird (vgl. C.a., 2002/4, Ü 37). (SCMP, 8., 16., 17., 21., 22., 29., 31.5.02; ST, 23.5.02; RTHK Radio 3, 22., 28., 30.5.02, nach BBC PF, 23., 29., 31.5.02) -hol-

---



---

## SVR Macau

---



---

### 29 Telekommunikation auf dem Vormarsch

Am 17. Mai, dem Welt-Telekommunikations-Tag, organisierten die drei

Telekom-Betreiber in Macau – die Macau Telecommunications Company (CTM), die lange Zeit das Monopol im Telefon- und Internetsektor innehatte, und die Hongkonger Gesellschaften Hutchison Telecom und Smartone Mobile Telecom eine Ausstellung, um neue Technologien und Produkte zu präsentieren. Die Regierung hatte letztes Jahr den Mobiltelefon-Markt geöffnet, in dem sie zwei weitere Betreiber zuließ. Hutchison und Smartone bieten seit August 2001 ihre Dienste an. Bei der Eröffnung der Messe sagte der Sekretär für Transport und öffentliche Einrichtungen Ao Man Long (Ou Wenlong), die Regierung bemühe sich, durch Deregulierung, Förderung des Wettbewerbs und Entwicklung einer Infrastruktur mit hohen Kapazitäten die Kosten der Telekommunikation zu senken. CTM hat im letzten Jahr nach Abzug der Steuern 352,7 Mio. MPtc (44,1 Mio. US\$) verdient. Der Gewinn war trotz der Beendigung ihres Monopols im Jahr 2001 18% höher als im Jahr 2000. Die Gesellschaft plant, dieses Jahr 300 Mio. MPtc (37,5 Mio. US\$) zu investieren, Hutchison in den kommenden fünf Jahren 200 Mio. MPtc (25 Mio. US\$), und Smartone bis zum Jahr 2005 mindestens 110 Mio. MPtc (13,75 Mio. US\$). Hutchison hat es sich zum Ziel gesetzt, in drei Jahren die Hälfte der Marktanteile zu besitzen.

Ende 2001 gab es in Macau 155.822 Mobiltelefone und 34.403 Internet-Teilnehmer (ein Anstieg um 26%) – bei einer Bevölkerung von 436.700. In naher Zukunft werden 60% der Bevölkerung über Mobiltelefone verfügen, sagte der Direktor des Büros für Entwicklung von Telekommunikation und Informationstechnologie Tou Veng Keong voraus. (XNA, 14., 18.5.02) -ljk-

### 30 Ärger in Macau über neue Hongkonger Glücksspielverordnung

Zwischen Macau und Hongkong ist es zu Unstimmigkeiten gekommen. Grund dafür ist ein Ergänzungsantrag zur Glücksspielverordnung, den die Hongkonger Legislativversammlung am 22. Mai gebilligt hat und der das nicht autorisierte Off-shore-Glücksspiel unter Strafe stellt. Das

neue Gesetz – *Gambling (Amendment) Bill 2000* – trat am 31. Mai, am Tag des Beginns der Fußballweltmeisterschaft und somit eine weitere günstige Gelegenheit für das Wettgeschäft, in Kraft. Danach sind Off-shore-Wetten (via Telefon oder Internet) und -Buchmacherei kriminelle Handlungen und werden bei Buchmachern mit maximal sieben Jahren Gefängnis und 5 Mio. HK\$ (641.000 US\$) Strafe geahndet; bei Wetttern liegt die Höchststrafe bei neun Monaten Gefängnis und 30.000 HK\$ (3.846 US\$). Die Gesetzesvorlage war im November 2000 zur öffentlichen Debatte vorgestellt worden, da die Regierung der Ansicht war, dass die in den 1970er Jahren abgefasste Glücksspielverordnung nicht geeignet sei, den Aktivitäten der Hongkonger Off-shore-Buchmacherei, die ein exterritoriales Element enthält, zu begegnen. Eine Zunahme der Wetten bei nicht autorisierten Buchmachern, so die Meinung der Gesetzgeber, würde zu einer Abnahme der Wetten beim autorisierten Glücksspiel und somit zu einem langsamen Austrocknen der Wetteinkünfte Hongkongs und der Mittel, die für Wohlfahrt und Spenden bereit stünden, führen.

Macaus Sekretär für Wirtschaft und Finanzen Francis Tam Pak Yuen (Tan Boyuan) drückte die Sorge der Regierung aus, wie sich das Verbot auf den Macau Jockey Club und die Hunderennbahn auswirken werde. Macaus Wettgeschäfte umfassen Pferde- und Windhundrennen, eine Reihe von Sportarten (vor allem Fußball) und verschiedene andere Lotterien. Von den Einnahmen der Regierung aus der Glücksspielindustrie entfallen nur 4% auf das Wettgeschäft, die übrigen 96% stammen von den elf Kasinos in Macau. Im Gegensatz zum Kasinogeschäft, das liberalisiert wurde, verfügt Stanley Ho noch über das Monopol im Wettsektor. 3.000 Personen – 1,4% des Arbeitskräftepotenzials – sind in diesem Bereich beschäftigt. Nach einem Bericht der *South China Morning Post* machten sich führende Persönlichkeiten der Geschäftswelt und der lokalen Gemeinde über die Hongkonger Verordnung lustig. Sie sei das absurdeste Stück Gesetzgebung, an das man sich erinnern könne. Stanley Ho nannte sie „völlig unannehmbar“, wobei er das Menetekel an die Wand malte,

im schlimmsten Falle gehe der Macau Jockey Club ein. Die einfachen Leute in Macau, so die *Post* weiter, werteten die Entscheidung der Legislativversammlung als unbrüderlichen Angriff auf ihren Lebensunterhalt. Das Gesetz mache die angeblich brüderliche Beziehung zwischen den beiden Sonderverwaltungsregionen als integralen Teilen der chinesischen Nation zur Zielscheibe des Spotts. Dies gelte vor allem in Anbetracht der Tatsache, dass beide Städte mit dem Problem relativ hoher Arbeitslosigkeit zu kämpfen hätten (Macau: 6,4%, Hongkong: 5,1% im letzten Jahr). Dort akkreditierte Diplomaten sahen in dem Gesetz ein weiteres Anzeichen für die wachsende „politische Neurose“ unter gewissen „völlig verängstigten“ hohen Funktionären Hongkongs. Im Gegensatz zu Hongkong habe sich die SVR Macau bislang ziemlich tolerant gegenüber Wettgeschäften der anderen Sonderverwaltungsregion gezeigt, lobt die *Post*. Jede Woche würden Zigtausende Lose der Hongkonger Mark Six Lotterie mehr oder weniger offen in Macau verkauft, obwohl seit 1977 ein Gesetz den Verkauf nicht autorisierter Lose verbiete. Die beiden SVRs sollten versuchen, ihre Probleme untereinander zu lösen, statt Beijings Intervention zu fordern, wie dies gelegentlich in Macau zu hören ist. Aber vielleicht wird die neue Verordnung ja auch durch den Umstand verwässert, dass bei ihrer Durchsetzung das Risiko besteht, das Recht auf Privatsphäre im Telekommunikationsbereich zu verletzen.

Nutznießer der neuen Verordnung könnte Shun Tak (Holdings) sein, die das Geschäft mit dem Schnellbootverkehr zwischen Hongkong und Macau betreibt. Dieser Ansicht ist Pansy Ho, Hauptgeschäftsführerin der Gesellschaft und Stanleys Ho Tochter. Viele Spieler würden aus Angst, bei Inanspruchnahme der nun verbotenen Off-shore-Wettdienste strafrechtlich verfolgt zu werden, zukünftig mit dem TurboJet zum legalen Wetten nach Macau fahren. (Macau Government Information Bureau web site, www.gcs.gov.mo, 24.5.02; XNA, 24.5., 2.6.02; SCMP, 31.5.02) -ljk-

### 31 Bank von Hongkonger Gesellschaft gekauft

Zum ersten Mal seit zehn Jahren wurde eine Bank mit Sitz in Macau von ausländischen Investoren gekauft. Am 29. Mai wurde bekannt, dass Hongkong Chinese – im Besitz der indonesischen Lippo Group – 85% von Finibanco (Macau), S.A.R.L. für 190 Mio. MPtc (23,75 Mio. US\$) gekauft hat. Finibanco wurde 1995 eröffnet und ist die einzige Macauer Zweigstelle des portugiesischen Kreditgebers Finibanco SA; sie beschäftigt nur 14 Angestellte. Der Kauf wurde von der Macau Monetary Authority genehmigt. Der Preis ist um 28% höher als das Reinvermögen der Bank Ende Dezember 2001. Auf die Neuigkeit hin stiegen die Aktien von Hongkong Chinese, nachdem die Gesellschaft letztes Jahr 192 Mio. HK\$ Verlust gemacht hat, während im Jahr 2000 noch 361,8 Mio. HK\$ Gewinn erzielt wurde. Vertreter der Gesellschaft sagten zu dem Kauf, dass diese dadurch in den auch infolge der Liberalisierung der Glücksspielindustrie immer aktiver werdenden Finanzmarkt Macaus einsteigen und die Finanzgeschäfte auf das Macau benachbarte Perlflussdelta ausdehnen könne. Nach dem Kauf von Finibanco (Macau) ist die Eröffnung zweier weiterer Filialen in Macau geplant. In Macau sind 22 Banken tätig, elf lokale und elf ausländische.

Auch Taiwan steigt in Macaus Bankgeschäft ein. China Development Financial Holdings, Taiwans drittgrößte Geldinstitution, hat die Zustimmung der Regierung, bis 100 Mio. US\$ in Finibanco (Macau) zu investieren. Auf diese Weise will die Gesellschaft Zugang zum chinesischen Markt bekommen, ohne gegen bestehende Beschränkungen zu verstoßen.

China hat dieses Jahr zugestimmt, zehn taiwanische Banken auf seinem Markt zuzulassen. Die Banken dürfen Geld verleihen und Geldeinlagen annehmen, wenn sie zwei Jahre lang Vertretungen in China unterhalten haben. Nach fünf Jahren können sie dann einen Antrag stellen, chinesische Währung zu leihen. Im Gegenzug will auch Taiwan seinen Markt chinesischen Banken öffnen, so Taiwans Finanzminister Lee Yung-san (Li Yongsan) im Mai. Mit Genehmigung von Chinas Zentralbank, der People's

Bank of China, die letzten März erteilt wurde, werden zunächst zwei Banken aus Taiwan in der Volksrepublik präsent sein. Die United World Chinese Commercial Bank eröffnete am 15. Mai ihre Vertretung in Shanghai; die Vertretung der Chang Hwa Commercial Bank ist in Kunshan in der Nachbarprovinz Jiangsu. (XNA, 12.3., 30./31.5.02; FT, 22.5.02) -ljk-

---

## Taiwan

---

### 32 WHO-Antrag scheitert trotz gewachsener Unterstützung

Taiwans Wunsch, zur Weltgesundheitsorganisation WHO als Beobachter zugelassen zu werden, wurde von der Weltgesundheitsversammlung, dem zentralen Organ der WHO, Mitte Mai erneut abgelehnt. Wie in den Jahren zuvor schaffte es der Antrag nicht einmal, auf die Tagesordnung gesetzt zu werden.

Anders als früher allerdings hatte Taiwan mit seinem Anliegen dieses Mal auch außerhalb des kleinen Kreises seiner diplomatischen Verbündeten Unterstützung gefunden. Für die Verleihung eines Beobachterstatus an Taiwan hatten sich unter anderem ausgesprochen

- der auswärtige Ausschuss des belgischen Parlaments,
- das europäische Parlament und
- der US-Kongress.

Die vom US-Kongress verabschiedete Entschließung hatte sogar Gesetzesform und war vom Präsidenten unterzeichnet worden. Auch aus Japan war Taiwan Unterstützung signalisiert worden.

Allein diese Stimmen und Entschließungen in seiner Sache kann Taiwan als diplomatischen Erfolg werten. Möglich wurde dies durch den klugen Verzicht darauf, als Staat aufzutreten und den Antrag stattdessen als „Rechtspersönlichkeit des Gesundheitswesens“ (*health entity*) analog zum Terminus „juristische Person“ (*legal entity*) zu stellen, in Anlehnung an die Mitgliedschaft in anderen internationalen Organisationen, so in der

Welthandelsorganisation, wo Taiwan als „Zollgebiet“ gilt, im Asien-Pazifik-Wirtschaftsforum, dem es als „Rechtspersönlichkeit der Wirtschaft“ (*economic entity*) angehört, oder im Internationalen Olympischen Komitee, an dem Taiwan als „Rechtspersönlichkeit des Sports“ teilhat. Zur Zurückhaltung auf der formalen Seite traten klare Sachargumente: Weder dürften die Bürger Taiwans als Weltbürger zweiter Klasse und Gefangene einer unglücklichen politischen Situation von gesundheitsrelevanten Informationen und Aktivitäten der Weltgemeinschaft ausgeschlossen werden, noch könne diese ein Interesse daran haben, womöglich über von Taiwan ausgehende Krankheitserreger von epidemologisch globaler Relevanz nicht informiert zu sein.

China sah in Taiwans Anliegen gleichwohl einen Angriff auf seinen Alleinvertretungsanspruch und auf die Ein-China-Doktrin. Die Parlamentsstimmen aus Europa und den USA mussten daher politischen Opportunitätserwägungen unterliegen. Auf der Sitzung des Leitungsgremiums, das Taiwans Antrag im Vorwege behandelte, schwiegen die Vertreter der USA und Japans dementsprechend, während sich Frankreich und Spanien ausdrücklich gegen Taiwans Antrag aussprachen. China hatte argumentiert, die Statuten der WHO sähen eine „health entity“ nicht vor. Tatsache ist allerdings, dass der Beobachterstatus allerlei Nichtstaaten zuerkannt wurde, beispielsweise dem Roten Kreuz und den Palästinensern. So bleibt Taiwan als einziges staatliches Gebilde weltweit von der Teilhabe am globalen Gesundheitsnetzwerk der WHO weiterhin ausgeschlossen. Dass sich daran in Zukunft etwas ändern wird, ist nicht anzunehmen. (TT, 4.5., 5.5., 14.5., 15.5.02; CNAT, nach BBC PF, 4.5., 6.5., 7.5., 8.5., 14.5., 15.5., 23.5.02; RMRB, 9.5.02; SCMP, 15.5., 16.5.02; ST, 16.5.02) -hws-

### 33 Neue Initiativen im Verhältnis zu China

In verschiedener Weise deutete sich im Mai neue Bewegung in Taiwans Beziehungen zu China an. Im Zentrum der Aufmerksamkeit standen dabei zwei Äußerungen von Präsident Chen